

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/237 - 20. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Superbombe</u> Ein Anschlag auf die Menschheit - Befürchtungen in aller Welt	47
2	<u>Das Wein aus der Villa Hammerschmidt</u> Möbke unterzeichnet das Betriebs- und Belegschaftshandelsgesetz nicht	44
3 - 4	<u>Betrugsercenz mit "Richtstrahlern"</u> Erste Anklage gegen Schrottmillionäre	75
5 - 7	<u>Griechisches Kaleidoskop (III und Schluß)</u> Vor den Wahlen - Eine politische Reportage Von Günter Markscheffel	129

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Superbombe

sp - Die Ankündigung der kanadischen Regierung, sie werde bei den Vereinten Nationen Protest einlegen gegen die von der Sowjetunion beabsichtigte Explosion einer 50 Megatonnenbombe ist die einzig mögliche Antwort auf einen Anschlag, der sich gegen die ganze Welt richtet. Kanada steht mit seinem Protest nicht allein. Viele Länder, auch solche sonst der Sowjetunion wohlgenommene Länder, dürften sich dem anschließen, vor allem Skandinavien und Japan, die die Auswirkungen der bisherigen sowjetischen Versuchsexplosionen durch eine erhöhte radioaktive Ver- seuchung der Luft am stärksten zu spüren bekamen. Noch hat diese Ver- seuchung nicht unmittelbare lebensgefährliche Ausmaße erreicht, aber viel fehlt nicht mehr dazu. Aus vielen Teilen der Erde kommen alarmierende Meldungen, sogar aus China, dessen Peking-er Sender kürzlich meldete, in der reichen Provinz Sinkiang sei eine verstärkte Radioaktivität zu ver- zeichnen. Die Luftverseuchung kennt keine Grenzen, weder geographische noch ideologische...

Außerhalb der Sowjetunion wird viel über die Motive gerätselt, die Chruschtschow bewogen haben, die ganze Welt mit der beabsichtigten Expo- sion der Superbombe zu erschrecken. Der Besitz solcher Riesenbomben be- deutet keine Bereicherung des eigenen militärischen Machtpotentials. Die Fähigkeit der Vereinigten Staaten zum vernichtenden Gegenschlag wird davon nicht berührt; das vorhandene Potential auf beiden Seiten reicht schon zur Umwandlung der Erde in eine Wüstenei aus.

Das Wissen um diese Tatsache dürfte auch Chruschtschow haben. Ist die Explosion gedacht als ein Mittel der Einschüchterung oder der poli- tischen Erpressung der USA, bleibt es wirkungslos; die USA werden sich weder einschüchtern noch erpressen lassen, sie sind stark genug, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Ist sie gedacht, um vor der übrigen Welt die vom Krenl behauptete militärische Überlegenheit der Sowjetunion in so schauerlicher Weise zu bekunden, wird sich das als ein Bumerang erweisen. Mit dieser beabsichtigten Demonstration enthüllt die Sowjetunion ihre Skrupellosigkeit und bödenlosen Zynismus. Was bleibt dann noch von ihrem Gerede übrig, sie, die Sowjetunion sei der wahre Freund aller um Freiheit und Sicherheit ringenden Völker, der Beschützer der vom "west- lichen Imperialismus" bedrohten Staaten? Die Bedrohung für diese Völker und Staaten kommt nicht, um mit der sowjetischen Terminologie zu sprechen, durch das westliche Monopolkapital, sie kommt in Gestalt von radiover- seuchter Luft, die sich niederschlägt in Erbschäden, deren Ende nicht abzusehen ist.

Die bevorstehende Debatte in den Vereinten Nationen, ausgelöst durch den kanadischen Protest, wird trotz des sowjetischen Einspruches ge- führt werden. Auch neutrale und sowjetfreundliche Staaten werden eine Abwürgung zu verhindern wissen. Hier geht es im wahrsten Sinne des Wortes um die Zukunft aller. Beharrt die Sowjetunion auf der Durchfüh- rung ihres Leben und Gesundheit aller gefährdenden Experimentes, wird sie vor dem Forum der Vereinten Nationen dastehen als die imperialisti- sche Macht, die die Menschenverachtung auf die Spitze treibt. Das dürfte nicht ohne politische Auswirkungen bleiben.

### Das Nein aus der Villa Hammerschmidt

Lübke unterzeichnet das Betriebs- und Belegschaftshandelsgesetz nicht

sp. Der Herr Bundespräsident hat in diesen Tagen dem amtierenden Bundeskanzler mitgeteilt, daß er das noch vom 3. Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz über das Verbot des Betriebs- und Belegschaftshandels für rechtlich so bedenklich hält, daß er sich nicht in der Lage sehe, dieses Gesetz zu unterzeichnen und ihm damit Rechtskraft zu verleihen. Er hat dem amtierenden Bundeskanzler weiter mitgeteilt, daß er es anheimstelle, diesen Gesetzentwurf - denn es handelt sich jetzt nicht mehr um ein Gesetz - neu zu überprüfen.

Der Gesetzentwurf selbst war während der Beratungen und Beschlußfassung in beiden Häusern, im Bundestag und im Bundesrat, stark unstritten und schon damals wurden von manchen Seiten rechtliche Bedenken geltend gemacht. Die Problematik dieser Rechtsbedenken soll hier nicht untersucht werden. Fest steht jedenfalls, daß die Bundesregierung sich über diese Rechtsbedenken hinweggesetzt hat und daß es das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist, daß ein Staatsoberhaupt von seinem Recht Gebrauch macht, ein Gesetz nicht auszufertigen. Der Herr Bundespräsident hat damit eindeutig klargestellt, daß er nicht wünscht, nur als Repräsentationsfigur behandelt zu werden, sondern daß er sich neben dem Bundesverfassungsgericht auch als Wächter und Hüter der Rechtsstaatlichkeit betrachtet.

Diese Haltung des Staatsoberhauptes sollte eine Warnung für die bisher bestehende Regierung aber auch für jede künftige Regierung, wie immer sie auch aussehen mag, sein. Die bisherige Regierung hat Verfassungsfragen immer mit allzu leichter Hand behandelt und das besonders verantwortliche Bundesinnenministerium tat so, als wenn die von ihm bestellten und bezahlten Rechtsgutachten sakrosankt wären. Die Folge dieses leichtfertigen Handelns war, daß die Bundesregierung mehrere Prozesse vor dem Bundesverfassungsgericht verloren hat, und es sei hier nur an das unglückselige "Freie Fernsehen" erinnert. Die Sozialdemokratische Partei hat diese Niederlagen der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht niemals als eigenen Triumph empfunden, sondern sie sah darin immer eine Beeinträchtigung der demokratischen Regierungsform an sich, denn in einem funktionierenden demokratischen Staatwesen darf das Bundesverfassungsgericht nur die letzte Notbremse sein und nicht zur Dauerinstitution zur Austragung von Streitigkeiten werden.

Dieser staatspolitischen Einsichten hat sich die bisherige Bundesregierung verschlossen vor allem, weil sie in den letzten vier Jahren ihre absolute Mehrheit mit dem Staat verwechselte und so weit ging, sich mit dem Staat gleichzusetzen. Die absolute Mehrheit ist dahin, aber noch steht ein weiterer Verfassungskonflikt an, in dem die Kommunen der vergangenen Mehrheit des Bundestages das Recht bestreiten, Fragen der Jugendwohlfahrt ausschließlich im Sinne des Herrn Würmeling zu lösen. Jede neue Koalition wird gut daran tun, dieses Gesetz unmittelbar zu überprüfen, denn die Demokratie würde neuen Schaden leiden, wenn die vierte Legislaturperiode wieder mit einem Spruch von Karlsruhe gegen Bonn beginnen würde.

Betrugsprozeß mit "Richtstrahlern"

L.Sch. - Mainz

Ein Betrugsprozeß mit "Richtstrahlern" in den gesamten Montanbereich wird zur Zeit beim Landgericht Kaiserslautern vorbereitet. Die vom Staatsanwalt erhobene Anklage lautet auf Betrug und Urkundenfälschung zum Nachteil der Schrottausgleichskasse der Montanunion in Brüssel. Sie richtet sich gegen die Schrottaufkäufer und Rohproduktengroßhändler Walter Hoffmann (Baden-Baden) und Carl Knoblauch (Heilbronn).

Es handelt sich um das erste verhandlungsreife Schwindelmanöver einer stattlichen Serie, durch welche die Brüsseler Montankasse nach vorsichtigen Schätzungen um mindestens 27 Millionen DM geprellt worden ist. Im speziellen Kaiserslauterer Fall, der bereits 1958 bei Kriminalpolizei, Zollfahndung und Staatsanwaltschaft aktenkundig wurde, spricht die Anklageschrift von etwa 620 000.- DM unrechtmäßig bezogener Ausgleichszahlungen für angeblichen Importschrott.

Der beschuldigte Hoffmann, der als erster seiner Branche ins Gras beißen mußte, saß im Sommer 1958 etwa zwei Wochen in Untersuchungshaft, wurde dann aber gegen eine Kaution von 500 000.- DM wieder auf freien Fuß gesetzt. Er ist nach wie vor glänzend im Geschäft, während sein holländischer Branchenkollege Louis Worms, der das "Erfolgsrezept" zahlreicher Großverdiener im westeuropäischen Schrottgeschäft preisgegeben hatte, den ihm drohenden Bankrott auf einen Boykott dieser Kreise zurückführt.

## Mangelware Schrott

Schrott ist ein wichtiger, aber oft schwer erhältlicher Rohstoff für die Stahlerzeugung. Das strukturelle Schrottdefizit der Montanländer muß durch Einführen aus Drittländern ausgeglichen werden. Dieser Importschrott ist jedoch wesentlich teurer als die innerhalb der Gemeinschaft anfallenden Altmetalle. Die 1954 geschaffene Brüsseler Ausgleichskasse sollte die Wettbewerbsgleichheit der verarbeitenden Schwerindustrie sichern, indem sie die Preisdifferenz zwischen Inlands- und Importschrott überbrückte. Die Hüttenwerke, die Importschrott hercinnahmen, erhielten einen Ausgleich von etwa 120.- DM pro Tonne, der jedoch je nach Weltmarktlage variieren konnte. Ausgleichsberechtigte Materialien waren Schrotteinfuhren von außerhalb der Montanunion, ferner Abwrackschrott, wie er bei alten Schiffen anfällt, und unbrauchbar gewordenes Heeresgut aus Beständen ausländischer Stationierungstruppen.

Wenn es einem Schrottaufkäufer also gelang - und dieser Trick wurde vor allem in Südwestdeutschland mit seinen riesigen Arsenalen der US-Streitkräfte angewandt - überhöhte oder gefälschte Belege über den Er-

werb von Heeresgut aus den zolltechnisch exterritorialen US-Depots in der Bundesrepublik zu ergattern, dann war die Falschdeklaration von Inlandsschrott zu ausgleichsberechtigtem Importschrott nur noch ein Kinderspiel. Die gefälschten Zollquittungen wurden als "Wertpapiere" von der Brüsseler Kasse versilbert.

#### Schwer durchschaubar

Dieses einträgliche Betrugsmanöver, das in anderen Montanländern in gewissen Varianten praktiziert wurde, war für die deutschen Zollbeamten in den amerikanischen Depots zunächst schwer durchschaubar, weil das Wissen um die Existenz einer solchen Ausgleichskasse noch nicht bis auf die untere Ebene vorgedrungen war. So konnte beispielsweise Hoffmann in der Pfalz die arglosen Zöllner zu stark überhöhten Schätzungen der von ihm ersteigerten Posten Heeresgut animieren, die ihm schon reichlich Spielraum für Falschdeklarationen ließen. Später fand er auch noch einen bestechlichen Zöllner, der ihm Zollquittungen über nie getätigte Schrottgeschäfte mit der JS-Armee ausstellte. Die dafür zu entrichtende vierprozentige Umsatzausgleichssteuer kam hundertfach wieder herein. Die gefälschten Belege wurden von ihm und seinem Geschäftspartner in Heilbronn über einen noch gewichtigeren Branchenkollegen in Wiesbaden - dieser soll nach den Behauptungen der beiden Beschuldigten den Löwenanteil der "Beute" in Höhe von 1,4 Millionen DM in die Tasche gesteckt haben - an die deutsche Filiale der Ausgleichskasse in Düsseldorf weitergereicht und dort auch prompt "honoriert".

#### Wirtschaftliche und politische Auswirkungen

Die voraussichtlich Anfang 1962 zu erwartende Gerichtsverhandlung vor der Großen Strafkammer in Kaiserslautern - die drei Berufsrichter sind bereits seit Wochen beim Studium ganzer Aktenberge und komplizierter Wirtschaftszusammenhänge im Montanbereich - wird mit Sicherheit über den strafrechtlichen Aspekt hinaus wirtschaftliche und politische Auswirkungen für die künftige Arbeit der Hohen Behörde haben. Sie wird für den Aufbau weiterer Ausgleichseinrichtungen, die im Rahmen des Gemeinsamen Marktes notwendig werden dürften, wertvolle Lehren liefern können.

Wenn die beiden Beschuldigten des Verfahrens in Kaiserslautern mit ihrer Behauptung, sie seien nur "kleine Fische" im Karpfenteich der Montanbetrüger, recht haben, dann müßten die Ermittlungen einer eigens für diese Manipulationen gebildeten Sonderkommission der Kriminalpolizei Düsseldorf in Kürze von sich reden machen!

## Griechisches Kaleidoskop (III und Schluß)

Vor den Wahlen - Eine politische Reportage

Von Günter Markscheffel

Die Wahlchancen der Partei des früheren Ministerpräsidenten Papandreu und seiner jetzt im "Zentrum" zusammengeschlossenen Freunde der liberalen Rechten und der demokratischen Linken werden im allgemeinen nicht ungünstig beurteilt. Unter Zugrundelegung früherer Wahlergebnisse könnten sie die absolute Mehrheit von Ministerpräsident Karamanlis brechen und dadurch wenigstens die unumschränkte Herrschaft der bisherigen Regierung aufheben. Ein neues Kabinett Karamanlis müßte dann mit anderen Faktoren rechnen als jetzt.

Aber schon diese Überlegungen lassen erkennen, wie schwierig es der programmatisch kaum festgelegten Opposition sein dürfte, auch nach der Wahl ihre Parlamentarier im Sinne einer konstruktiven Opposition oder zeitweisen Regierungsteilnahme aktionsfähig zu halten. Karamanlis, der nicht nur die millionenschweren Reeder, sondern auch starke Gruppen der orthodoxen Kirche und bedeutende Handelshäuser hinter sich hat, spekuliert darauf, einigen neu gewählten Abgeordneten der jetzigen Opposition nach der Wahl gewichtige Posten übertragen zu können und dadurch die Opposition aufzusplittern. Keiner von den gewiß sehr ehrbaren und auch begeisterungsfähigen Mitstreitern Papandreou und Markezinis vermögen voraussagen, ob die jetzt noch geschlossenen kämpfende Opposition der Mitte nach der Wahl in der Lage sein wird, auch eine geschlossene und entschlossen handelnde Fraktion im Parlament zu bilden.

### Blick auf Moskau

Ebenso wie Karamanlis auf diese innere Unsicherheit des Zentrums spekuliert, tut es auch die Führung der EDA, der großen griechischen KP-Tarnorganisation. Die EDA glaubt zwar nicht an eine Wiederholung ihres Erfolges von 1958 (24,8 %), bereitet sich jedoch darauf vor, bei kommenden Parlamentsentscheidungen einzelne Abgeordnete des Zentrums "austrechen" zu können.

Genauere Kenner der EDA behaupten, in der kommunistisch geschulten Kaderleitung dieser Partei glaube man darüber hinaus ernsthaft an die Möglichkeit, gegebenenfalls sogar einige Freunde des jetzigen Ministerpräsidenten Karamanlis gewinnen zu können, und zwar dann, wenn sich aus irgendwelchen Gründen eines Tages Geschäfte mit Moskau als lohnender erweisen sollten als mit dem Westen.

Aber das sind wohl mehr oder weniger innergriechische Spekulationen, die zum Wahlkampfklima gehören. Auffallend war allerdings, daß kaum einer meiner zahlreichen Gesprächspartner überrascht schien, als ich ihn um Auskunft darüber bat, ob er so etwas überhaupt für möglich halte.

### Hintergründige Überlegungen

Es gibt in der Politik Griechenlands ohne Zweifel zahlreiche sehr hintergründige Überlegungen. So wird z.B. allen Ernstes behauptet,

Karamanlis habe die Wahlen auf den 29. Oktober 1961 vorverlegt (ursprünglich sollten sie im Frühjahr 1962 stattfinden), weil er befürchtete, die Vorgänge in der Türkei, die Erhängung mehrerer früherer Mitglieder der mit der jetzigen griechischen Regierung eng befreundeten türkischen Regierung, hätten wie ein Funke auf Griechenland überspringen können. Die vorverlegten Wahlen sollen - so wird gesagt - eine Art Ventil für den Volkszorn gegen Korruption und persönliches Regime sein.

Die "Affäre Merten" geistert auch wieder durch das Land. In einem ursprünglich für Anfang November vorgesehenen Prozeß sollte u.a. festgestellt werden, ob ein Mitglied der Regierung Karamanlis in der "Affäre Merten" kompromittiert ist. Der Prozeß findet jetzt nicht statt, beziehungsweise kann nicht stattfinden, weil zehn Tage vor und nach dem Wahltermin keine Richter zur Verfügung stehen. (Gesetzliche Regelung). Mit der Festsetzung eines neuen Termins rechnet man erst einige Wochen nach den Wahlen, zu einem Zeitpunkt also, an dem wahltaktisch die "Affäre Merten" keine Rolle mehr spielen würde.

Natürlich werden derartige Anspielungen von der Regierung heftig dementiert. Man nennt sie "ungeheuerlich", kann aber die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Karamanlis noch wenige Wochen vor der Festsetzung des jetzigen Wahltermins mit lautem Getöse die Wahlen für Mai 1962 angekündigt hatte.

Man geht wohl jedoch kaum fehl in der Annahme, daß die Regierungspartei erschrocken war, als sie feststellen mußte, daß es Papanđreou, entgegen allen Voraussagen, doch gelungen war, die demokratische Mitte als Oppositionspartei zu sammeln. Auf keinen Fall dürfte also Karamanlis der Opposition Zeit lassen, eine wirkungsvolle Kampagne zu entwickeln. Deshalb wohl der kurzfristig angesetzte Wahltermin, der Papanđreou und seine Freunde natürlich einer längeren Anlaufzeit beraubt.

#### Die Rolle der Armee

In diesem kaleidoskopartigen Bild bleibt die Armee meist ungenannt, obwohl sie früher - auch nach dem zweiten Weltkrieg - eine nicht unerhebliche Rolle in der Politik Griechenlands gespielt hat. Zwar hat General Grivas, "der Held des zypriotischen Freiheitskampfes", kurz nach seiner Rückkehr nach Griechenland versucht, eine politische Rolle zu spielen. Obwohl Grivas bei jüngeren Offizieren gewissen Anklang finden konnte, ist es um ihn wieder still geworden. Er wollte den "Kampf um die Befreiung Griechenlands von Korruption" führen, aber aus nicht ganz durchsichtigen Gründen hat er schließlich darauf verzichtet. Ein vorsichtiger Versuch der kommunistischen EDA, Grivas als "Zugpferd" einzuspannen, wurde von diesem zurückgewiesen.

So bleibt denn eigentlich alles offen, mit Ausnahme der von fast allen Politikern geäußerten Meinung, daß Karamanlis nach den Wahlen nicht mehr der unumschränkte Herrscher Griechenlands sein dürfte. Ich selbst möchte mich nach den zahlreichen Gesprächen, die ich führen konnte und nach vielen Einzelbeobachtungen vorsichtiger äußern, weil der bisherige Ministerpräsident und der von ihm sehr stark entwickelte Staatsapparat über unendlich viel mehr Propagandazugmöglichkeiten verfügen als die Oppositionsgruppen zusammen. Karamanlis hat ein großes

Plus für sich. Er beruft sich im Wahlkampf mit viel Geschick auf "seine großen Freunde in Washington, London, Paris und Bonn", ohne diese allzusehr zu strapazieren. Das hat er auch gar nicht nötig, denn allein die rund 60 000 in der Bundesrepublik arbeitenden Griechen scheinen derartige Wunderdinge von dem Wirtschaftswunderland zu berichten, daß man die schnell begeisterungsfähigen Griechen oft nur an die "Freundschaft mit Bonn" zu erinnern braucht, um einen großen Eindruck hervorzurufen.

Klügere Griechen allerdings fügen solchen Hinweisen des Herrn Karamanlis hinzu, es wäre besser, ihre Landsleute könnten zu Hause genug verdienen, dann brauchten sie nicht ins Ausland arbeiten zu gehen...

#### Auf dem Weg zu einem modernen Staat

Abschließend glaube ich sagen zu dürfen: Das Volk Griechenlands, das in den vergangenen Jahrzehnten unendlich viel erdulden mußte, sucht über viele Hindernisse hinweg den Weg zu einem modernen europäischen Staat. Es will - das spürt man auf Schritt und Tritt - als freies Volk in der Gemeinschaft freier Völker leben. Dieses Volk ist bedrückt, weil es allzuoft nur als Geldempfänger betrachtet wird und noch nicht die Führung hat, die es eigentlich von seiner großen Tradition her, auf Grund seines Fleißes und seiner Anständigkeit verdiente. Wer diesen Willen des griechischen Volkes erkennt, wer ihm unvoreingenommen hilft, den Weg dahin zu finden, kann gewiß sein, eine feste und zuverlässige Freundschaft zu begründen. Man sollte im Westen auch begreifen lernen, daß Griechenland nicht nur ein Touristenziel ist, nicht nur das Land der alten Götter und alten Tempel. Im Griechenland von heute entsteht neues europäisches Leben, das zwar im Alten wurzelt, aber die moderne Zeit sehr kraftvoll verarbeitet. Vielleicht sollte man auch weniger "von denen da unten auf dem Balkan" reden und schreiben und im Verkehr mit Griechen nicht nur an Tourismus, Geschäfte und billige Arbeitskräfte denken. Vieles von dem, was sich nicht entwickeln konnte, hat mancher Westeuropäer vielleicht selbst gekannt. Würdigen wir dagegen den Stolz auf die eigene Leistung, die in Griechenland überall sichtbar ist, obwohl eine hauchdünne Oberschicht in Griechenland ihr mit Griechen "gemachtes Vermögen" in Monaco, Paris oder sonstwo ausgiebt. Sorgen wir dafür, daß Hilfsmittel nicht in dunklen Kanälen versanden. Gerade in der EWG-Zusammenarbeit bietet sich hierfür manche Gelegenheit.

Wenn wir Griechenland und sein Volk, seine Geschichte und seine Gegenwart so sehen und werten, wird Europa wirklich größer und solider geworden sein. Auch dann, wenn aus den Wahlen am 29. Oktober noch keine klaren politischen Verhältnisse hervorgehen sollten.

+ + +

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler